

31.10.2023

- Antrag an den Rat der Stadt Münster -

Resolution zum Nahost-Konflikt

Mit großem Entsetzen haben wir den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel und seine staatliche Souveränität verfolgt. Die damit verbundene Eskalation des Nahost-Konfliktes mit zahlreichen Toten und Verletzten auf beiden Seiten schockiert uns zutiefst.

Wir sagen der Bevölkerung Israels, allen jüdischen Menschen dort und überall unsere Solidarität und volle Unterstützung in dieser schweren Zeit zu. Wir verurteilen diesen grausamen Akt der Aggression der Hamas. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und Angehörigen dieses brutalen und menschenverachtenden Terroraktes. Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die weiterhin unter dem Terror leiden.

Unser Mitgefühl gilt auch den Menschen, die bisher Opfer der Bomben vom israelischen Militär geworden sind, darunter, neben der Zivilbevölkerung, auch Mitarbeiter*innen der UN und Ärzt*innen, die sich in dieser schwierigen Lage um die Linderung des Leids der Palästinenser*innen kümmern. Die jüdisch-arabische Frauen-Friedensbewegung Women Wage Peace sagt:

„Jede Mutter, jüdisch und arabisch, bringt ihre Kinder zur Welt, um sie wachsen und gedeihen zu sehen und sie nicht zu begraben. Deshalb reichen wir auch heute noch inmitten des Schmerzes und des Gefühls, dass der Glaube an den Frieden zusammengebrochen ist, den Müttern von Gaza und dem Westjordanland eine Hand in Frieden aus. Wir Mütter müssen uns zusammen mit Frauen aus der ganzen Welt vereinen, um diesen Wahnsinn zu stoppen.“

Bei allem, was nun getan wird, muss gelten: Dieser Konflikt hat eine Geschichte, die nicht im Ansatz den grausamen Angriff der Hamas rechtfertigt, aber wichtig ist, um die Eskalation zu verstehen und eine friedliche politische Lösung zu finden. Antonio Guterres, Generalsekretär der UN sagte dazu vor dem Sicherheitsrat der UN:

„Es ist wichtig zu erkennen, dass die Angriffe der Hamas nicht im luftleeren Raum stattfanden. Das palästinensische Volk war 56 Jahre lang einer erdrückenden Besatzung ausgesetzt. Es hat miterlebt, wie sein Land ständig durch Siedlungen verschlungen und von Gewalt heimgesucht wurde. Seine Wirtschaft kam zum Stillstand. Seine Leute wurden vertrieben und seine Häuser zerstört. Seine Hoffnungen auf eine politische Lösung ihrer Notlage sind geschwunden. Aber die Beschwerden des palästinensischen Volkes können die entsetzlichen Angriffe der Hamas nicht rechtfertigen. Und diese entsetzlichen Angriffe können die kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes nicht rechtfertigen.“

Der Konflikt in Palästina kann nicht mit Bomben und Waffen gelöst werden, es muss endlich ernsthafte Verhandlungen und eine Zweistaatenlösung geben. Dass es für diese Lösung auch unter den Palästinenser*innen Rückhalt gibt, zeigen Umfragen in denen sich eine deutliche Mehrheit der Palästinenser*innen in Gaza und im Westjordanland und der arabischen und jüdischen Menschen in Israel für die Zweistaatenlösung und eine friedliche Lösung des Konflikts aussprechen. Ebenso findet die Hamas unter

den Palästinenser*innen kaum Zuspruch. Ältere Umfragen unter den Palästinenser*innen zeigen unterdessen, dass Gewalt-Eskalationen und die Erschwerung des Lebens der palästinensischen Bevölkerung durch Blockaden des Güterverkehrs zu einer steigenden Zustimmung für die Hamas führen. Es entsteht ein Zirkel, bei dem Gewalt, Elend und Unsicherheit zu Rufen nach Gegengewalt als vermeintlich einziger Lösung führen. Die Hamas nutzt dies angesichts der Annäherung Israels an die arabischen Länder der Region und ihren sinkenden Zustimmungswerten gezielt aus, indem sie militärische Reaktionen Israels durch Angriffe provoziert, um sich dann als der Beschützer der Palästinenser*innen darstellen zu können und so von Korruption und Scheitern ihrer eigenen Regierung im Gaza-Streifen abzulenken.

Die Reaktion der israelischen Regierung auf den jüngsten Angriff lässt eine Intensivierung der Spirale der Gewalt befürchten. Führende Mitglieder der israelischen Regierung haben sich dahingehend geäußert, dass sie alle Palästinenser*innen im Gaza-Streifen gleichermaßen als feindlich betrachten. Die ausgedehnte Bombardierung und Blockade der Versorgung des Gebietes legt nahe, dass wenig Rücksicht auf Leben und ein menschenwürdiges Leben der palästinensischen Bevölkerung gelegt wird.

Unterdessen sorgt die aktuelle Eskalation für weltweite Polarisierung. Rechte Demagog*innen nutzen die Bluttat der Hamas, um Stimmung gegen Migrant*innen zu machen, die pauschal der Unterstützung der Taten der Hamas verdächtigt werden. In Münster wurden bereits mehrere Israel-Fahnen entwendet und zerstört, andernorts werden von Jüd*innen bewohnte Häuser mit dem Davidstern markiert. Dieser fortschreitenden Eskalation muss Einhalt geboten werden. Problematisch ist es, Antisemitismus als ausschließlich in muslimischen Kreisen vorhandenes Problem darzustellen – dies ausgerechnet im Land der Shoa und nach dem Anschlag von Halle. Eine Vielzahl von Studien belegt, dass Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft verbreitet ist – besonders unter Anhänger*innen der momentan erstarkenden AfD.

Als Friedensstadt fühlen wir uns verpflichtet, der Polarisierung und Eskalation entgegen zu treten und zur Lösung des Konfliktes beizutragen. Ziel muss ein sicheres Leben für alle Menschen in der Region sein.

Der Rat der Stadt Münster,

- verurteilt den Angriff der Hamas vom 7. Oktober aufs Schärfste. Den Toten, Verletzten und Hinterbliebenen gilt unsere Trauer und Anteilnahme.
- fordert die Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und eine Einstellung der Kampfhandlungen durch beide Seiten einzusetzen, um humanitäre Hilfe für die Bevölkerung des Gaza-Streifens zu ermöglichen
- fordert die Bundesregierung auf, sich für die sofortige Freilassung aller Geiseln der Hamas einzusetzen
- erklärt sein Mitgefühl gegenüber dem Leiden der Menschen in Gaza und dem Verlust ihrer Angehörigen
- stellt sich auf die Seite Aller, die eine Verständigungslösung anstreben mit dem perspektivischen Ziel eines souveränen palästinensischen und eines souveränen israelischen Staates auf den heutigen Gebieten von Israel, dem Westjordanland und Gaza
- stellt sich gegen Antisemitismus und jegliche Angriffe gegen jüdisches Leben in Münster
- steht solidarisch an der Seite seiner Partnerstadt, Rishon LeZion, die direkt vom Beschuss durch die Hamas betroffen ist.
- mahnt eine sachliche Diskussion zu Antisemitismus in Deutschland an. Die rassistische Instrumentalisierung und Behauptung eines angeblich „importierten“ Antisemitismus lehnen wir ab. Überall, wo Antisemitismus auftritt, muss ihm entgegen getreten und auf Verständigung und den Abbau von Ressentiments hin gearbeitet werden.
- fordert die Bundesregierung auf, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle Konfliktparteien anzumahnen.

Gez.

Ulrich Thoden, Ortrud Philipp, Katharina Geuking
und Fraktion

